

dbb Hessen-Pressemitteilung 4/2026 · *Frankfurt, 2. April 2026*

Stellenstreichungen werden nicht zur Entlastung führen

Das Finanzministerium hat mit der dauerhaften Streichung von 1000 Stellen im öffentlichen Dienst seine Ankündigung wahr gemacht. Der dbb Hessen sieht diese Streichung kritisch. Denn nicht nur die angeführten Gründe sind aus Sicht des dbb Hessen fragwürdig, auch die Maßnahmen, mit denen der Stellenverlust und das damit verbundene höhere Arbeitsaufkommen für die verbleibenden Beschäftigten in Grenzen gehalten werden sollen, erscheinen eher als ungeeignet.

„Das Thema KI wird gerne angeführt, wenn es darum geht, Stellen durch Technik zu ersetzen“, stellt der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb Hessen, Volker Weigand, fest. „Jedoch ist die Technik in den allermeisten Fällen noch nicht so ausgereift, dass sie eine echte Unterstützung darstellen würde.“ Noch immer sind viele Anwendungen fehleranfällig, bedürfen zusätzlicher Rechercharbeiten und Kontrollen, und dürften daher zumindest mittelfristig nicht zur gewünschten Entlastung führen. Auch das vom Finanzministerium genannte Thema Bürokratieabbau ist zumindest bislang noch keine große Hilfe. „Es wurden zwar von Seiten der Landesregierung erste Maßnahmen auf den Weg gebracht. Aber diese sind doch eher punktuell und wirken längst noch nicht in die Breite“, sagt Weigand.

Auch deshalb wird der Entlastungseffekt daraus überschaubar sein. Im Gegenteil: „Es ist davon auszugehen, dass sich die Situation in vielen Teilen noch verschärfen dürfte“, befürchtet Weigand. Wenn weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die unverändert vorhandene Arbeit erledigen sollen, bedeutet das in aller Regel deutlich mehr Belastung für die Verbliebenen. Dies führt in der Regel zu noch mehr Überstunden und schlimmstenfalls zu höheren Krankenständen. Einzig positiv aus Sicht des dbb Hessen ist an der Ankündigung zu bewerten, dass einzelne Bereiche wie Polizei oder Bildung ausgenommen werden sollen. Schon jetzt fehlen im öffentlichen Dienst bundesweit hunderttausende Beschäftigte, steht der Staatsdienst im harten Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um Fachkräfte. „Mit Stellenkürzungen und damit einhergehender Arbeitsverdichtung wird keinesfalls Entlastung in den Behörden und Dienststellen erzielt werden können“, prophezeit Weigand.

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen
Pressesprecher, presse@dbbhessen.de, Tel. +49 160 950 444 69

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen e.V.
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt am Main
Tel. 069 281780
mail@dbbhessen.de
www.dbbhessen.de
VR AG Frankfurt 4291
Stellv. Vorsitzender
Volker Weigand